## S 2 KR 622/99

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 2 KR 622/99
Datum 22.03.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 KR 89/01 Datum 29.05.2002

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Mþnchen vom 22. März 2001 wird zurückgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Die Beteiligten streiten  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die  $\tilde{A}_{\Box}$ bernahme von Kosten f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r Arzneimittel und Krankenfahrten f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r das Jahr 1998 und die Folgejahre und dabei vordringlich  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die Berechnung der anzusetzenden Fahrkosten.

Der 1948 geborene Kläger ist Mitglied der Beklagten. In seinem Haushalt leben keine weiteren Angehörigen. Er ist taub und auf den Rollstuhl angewiesen und leidet an einem chronischen Nierenversagen. Am 08.04.1999 beantragte er die Befreiung von der Zuzahlung fýr Medikamente. Fþr ihn seien 1998 899,00 DM Fahrkosten angefallen bei der Benutzung seines privaten PKWs fþr die dreimal wöchentlich anfallenden Fahrten zur Dialyse. Unter HinzufÃ⅓gung von Rezeptund KrankenhausgebÃ⅓hren beliefen sich seine Gesamtausgaben auf 1.100,00 DM, ein Betrag, der weit Ã⅓ber 1 v.H. seiner mit 79.762,00 DM anzusetzenden

Einnahmen liegt. Mit Bescheid vom 09.04.1999 lehnte die Beklagte eine Befreiung ab, weil die vom KlĤger mit 68,00 DM geltend gemachten "Krankenhausgebühren" unberücksichtigt blieben und die Fahrkosten nicht mit 1,44 DM, sondern nur mit 0,38 DM pro Kilometer anzusetzen seien, was zu einer jährlichen Belastung von 237,12 DM führe. Unter Hinzurechnung von 133,00 DM Rezeptgebühren würden lediglich 370,12 DM erreicht, womit der Eigenanteil des Klägers nicht Ã⅓berschritten würde.

Dagegen erhob der Kläger am 14.04.1999 Widerspruch, mit dem er sich gegen die abweichende Berechnung der Fahrkosten wandte und betonte, dass es ihm vordringlich um die Erstattung der Medikamentenzuzahlung gehe, der höhere Fahrkostenansatz werde nur als dazu dienlicher Rechenposten vorgetragen.

Mit Schreiben vom 10.06.1999 erklĤrte die Beklagte noch einmal ihre Berechnungsweise.

Im Widerspruchsbescheid vom 15.09.1999, mit dem die Beklagte den Widerspruch zurückwies, wurde davon ausgegangen, dass beim Kläger Ausgaben wegen der Behandlung einer Dauererkrankung anfallen. Die deswegen maÃ∏gebliche Belastungsgrenze mit 1 v.H. aus rund 87.700 DM werde aber nicht überschritten, weil die Fahrkosten mit den 0,38 DM entsprechend den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes anzusetzen seien. Unerheblich sei, dass bei Benutzung eines Taxis tatsächlich höhere Kosten anfallen würden.

Mit der Klage vom 06.10.1999 hat der KlĤger nunmehr auch ausdrÃ⅓cklich die Ã∏bernahme der Fahrkosten fÃ⅓r 1998 geltend gemacht. Es sei von den notwendigen Fahrkosten auszugehen, die bei ihm als Behinderten weit Ã⅓ber den 0,38 DM pro Kilometer lägen. Auch mache er einen Freibetrag von 7.938,00 DM geltend, um den seine EinkÃ⅓nfte zu verringern seien.

Das Sozialgericht München hat mit Urteil vom 22.03.2001 (zugestellt am 13.05.2001) die Klage ohne mündliche Verhandlung, wozu die Beteiligten ihr Einverständnis erteilt hatten, abgewiesen, weil die Berechnung der Beklagten zuträfe. Da es dem Kläger auch um zukünftige Leistung gehe, sei die Berufung trotz des geringen Beschwerdewertes nicht ausgeschlossen.

Dieses Rechtsmittel hat der Kl $\tilde{A}$  $^{x}$ ger am 13.06.2001 beim LSG eingelegt und will erneut unterschieden wissen zwischen Berechnung der anzurechnenden Ausgaben und der dann daraus folgenden Erstattung. Die ihm durch die notwendige Kfz-Benutzung entstandenen Kosten l $\tilde{A}$  $^{x}$ gen aber mit 1,44 DM erheblich  $\tilde{A}$  $^{y}$ der der von der Beklagten verwendeten Pauschale. Entsprechend dem Gesetzestext sei von den notwendigen Kosten auszugehen. Diese habe er genau aufgelistet.

Der Kläger beantragt sinngemäÃ□,

das Urteil des Sozialgerichts Mýnchen vom 22.03.2001 und den zu Grunde liegenden Bescheid der Beklagten vom 09.04.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.09.1999 aufzuheben und die Beklagte zu

verurteilen, ihm f $\tilde{A}^{1}$ /4r 1998 DM seine Medikamentenzuzahlung und Fahrkosten teilweise zu erstatten und ihn f $\tilde{A}^{1}$ /4r die Jahre 1999 und folgende von Medikamentenzuzahlung und Fahrkosten freizustellen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ckzuweisen.

In ihrer Erwiderung berichtigt sie ihren Rechenfehler aus dem Widerspruchsbescheid und h $\tilde{A}$ ¤lt weiterhin einen Fahrkostenansatz von 0,38 DM pro km f $\tilde{A}$ ½r gerechtfertigt, sodass sie nunmehr insgesamt nur noch 369,62 DM an Medikamenten- und Fahrauslagen f $\tilde{A}$ ½r das Jahr 1998 f $\tilde{A}$ ½r ber $\tilde{A}$ ½cksichtigungsf $\tilde{A}$ ¤hig erachtet, wodurch die Belastungsgrenze nicht  $\tilde{A}$ ½berschritten werde.

## Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zul $\tilde{A}$ xssig ( $\hat{A}$ § $\hat{A}$ § 144, 151 SGG). Zu Recht geht das Sozialgericht davon aus, dass hier die Berufung zul $\tilde{A}$ xssig ist, denn der Kl $\tilde{A}$ xger begehrt Leistungen f $\tilde{A}$ 1/4r 1998 und die Folgejahre.

Die erwünschte Befreiung, die sich durch Zeitablauf inzwischen auch für die Folgejahre in eine Erstattungsforderung umgewandelt hat, kann aber nicht erfolgen. Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden vom Grundsatz her den Versicherten in Form der Sachleistung zur VerfA¼gung gestellt, ohne dass von ihnen Zahlungen zu erbringen sind (§ 2 Abs.1 und 2 Satz 1 SGB V). Transportleistungen im Zusammenhang mit Krankenbehandlung durch ̸bernahme von Fahrkosten sind in der Regel den Eigenleistungen der Versicherten zuzurechnen, also nicht von den Krankenkassen zu erbringen. Die in § 60 Abs.2 Satz 1 Nr.1 bis 4 SGB V aufgelisteten Ausnahmen, bei denen die Fahrkosten von der Krankenkasse gleichwohl zu übernehmen sind, treffen auf die Fahrkosten, die dem Kläger durch die regelmäÃ∏ige Blutdialyse entstehen, nicht zu (BSG vom 18.02.1997 â∏∏ SozR 3-2500 § 60 Nr.1). Auf diese Rechtsgrundlagen kann der Kläger somit seine Ansprýche nicht stützen. Das ist ihm offensichtlich auch bewusst, da er von Beginn an Rechte aus der sog. "̸berforderungsklausel" des § 62 SGB V geltend machen will. Das ist gleichfalls aber nicht mĶglich, weil er durch die Eigenbeteiligung nicht in dem vom Gesetz geforderten Umfang belastet ist, mithin die ihm entstehenden Aufwendungen, zumindest derzeit, selbst zu tragen hat.

Eine solche Eigenleistung sieht das SGB V neben dem Anspruch auf Sachleistungen in vielen FĤllen vor, und zwar nicht nur bei den Fahrkosten, sondern zum Beispiel auch bei der Abgabe von Medikamenten und Hilfsmitteln, beim Krankenhaus- oder Kuraufenthalt. Um eine übermäÃ∏ige Belastung der Versicherten durch derartige Eigenleistungen zu verhindern, hat der Gesetzgeber jedoch gewisse Schranken gezogen. Das ist einmal die hier nicht in Betracht kommende vollständige

Befreiung bei Unzumutbarkeit jeglicher Eigenbeteiligung (§ 61 SGB V) und daneben die Ã\[ berforderungsklausel in § 62 SGB V. Deren Sinn ist es, den Versicherten von den Eigenkosten freizustellen, soweit sie die "Belastungsgrenze" Ã\[ der Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt. Diese betr\[ arg t im Normalfall 2 v.H. der Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt. Diese betrugen beim Kl\[ arg t im Jahre 1998 gem\[ arg t im Jahre 1998 jehenden Jahr

Die 2-v.H.-Belastungsgrenze verringert sich auf null, wenn Versicherte wegen derselben Krankheit in Dauerbehandlung sind und ein Jahr lang Zuzahlungen in Höhe von mindestens 1 v.H. der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt geleistet haben. Daraus folgt fÃ⅓r den Kläger, der sich mit seiner Dialyse in einer solchen durchgehenden Dauerbehandlung befindet: Hat er im Jahre 1998 die 2-v.H.-Grenze Ã⅓berschritten, muss die Beklagte die Ã⅓berschieÃ□enden Kosten Ã⅓bernehmen. Hat er auch die 1-v.H.-Grenze Ã⅓berschritten, entfällt jegliche Zuzahlung fÃ⅓r 1999 und ggf. länger. Beide Grenzen Ã⅓berschreitet der Kläger nicht. Die ihm zuzurechnenden Eigenleistungen belaufen sich nicht auf 1-v.H. seiner EinkÃ⅓nfte, sodass keine der in <u>§ 62 SGB V</u> vorgesehenen VergÃ⅓nstigungen in Betracht kommt.

1 v.H. aus 87.627,00 DM sind 867,27 DM. Darauf sind anzurechnen die unstreitigen 132,50 DM an Zuzahlung zu Medikamenten und die "notwendigen Fahrkosten". Deren Berechnung ist der eigentliche Streitpunkt der gerichtlichen Auseinandersetzung. Dabei stehen die jeweilige Kilometerzahl und die Anzahl der Fahrten fest, nÃxmlich 4 Kilometer an 156 Tagen, was 624 Kilometer im Jahr 1998 ergibt. Diese Zahl ist mit dem Wert zu multiplizieren, der notwendigerweise pro Kilometer anfÄxIlt. Um hier eine einheitliche Definition zu erreichen, die eine sachgerechte Kostenerfassung ermĶglicht, hat der Gesetzgeber auf einen Pauschalwert zurļckgegriffen, der bereits gesetzlich festgelegt ist, nĤmlich in § 6 des Bundesreisekostengesetzes â∏ BRKG -. <u>§ 62 Abs.1 Satz 1 SGB V</u> Iässt sich nämlich hinsichtlich der Belastung mit Fahrkosten nur im Zusammenhang mit § 60 Abs.1 Satz 2 lesen, wonach die Krankenkasse â∏ sofern kein Fall des § 60 Abs.1 vorliegt  $\hat{a} \square \square$  Fahrkosten  $\tilde{A}^{1/4}$ bernimmt (abgesehen vom Fall des  $\hat{A}$ § 61 SGB V), soweit § 62 dies vorsieht. Welche Fahrkosten anerkannt werden und damit als notwendig im Sinne des § 62 Abs.1 Satz 1 SGB V anzusetzen sind, definiert im Einzelnen § 60 Abs.3 SGB V. Dort wird auf die Regelung in § 6 BRKG Bezug genommen, wenn Fahrkosten bei Benutzung eines privaten Kfz entstehen. § 6 BRKG sieht in der bis Ende 2000 geltenden Fassung als HA¶chstleistung 0,38 DM pro gefahrenen Kilometer vor, gleichgültig welche Kosten tatsÃxchlich mit dem jeweils benutzten Kfz entstanden sind. Diese gesetzlich so vorgeschriebene

Pauschalierung muss auch der Kläger gegen sich gelten lassen, sodass die von ihm in Ansatz gebrachten 1,44 DM nicht zu berýcksichtigen sind, sondern lediglich die 0,38 DM. Seit dem 01.01.2001 hat sich die Pauschale auf 0,43 DM erhöht. Es fällt also der Wert der Fahrkosten innerhalb des  $\frac{A\S}{62}$  SGB V nicht auseinander, in den wie er beim einzelnen Versicherten entsteht und den, wie er von der Beklagten zu  $\frac{A}{2}$ bernehmen ist.

Es ist folglich den 132,50 DM das Produkt aus 624 Kilometern und 0,38 DM (= 237,12 DM) hinzuzuf $\tilde{A}^{1}_{4}$ gen. Das f $\tilde{A}^{1}_{4}$ hrt zu dem Ergebnis von 369,62 DM und liegt damit noch unter der vom Sozialgericht in  $\tilde{A}_{2}$ bernahme der fehlerhaften Berechnung im Widerspruchsbescheid angenommenen 509,62 DM.

Somit bleibt als Ergebnis, dass der Kläger weder für 1998 noch für die Folgejahre auf Grund seiner Berechnungsweise der Fahrkosten von Zuzahlungen befreit werden kann. Ob sich das ändert, in Sonderheit durch erhebliche Zunahme von Selbstbeteiligung an den Medikamenten, ist jeweils für das entsprechende Jahr festzustellen, wobei der Kläger durch das Ergebnis dieses Rechtsstreites einsehen muss, dass er bei den Fahrkosten auch in Zukunft keine höheren Werte, als sie  $\frac{2}{2}$ 6 des BRKG vorgibt, ansetzen kann.

Angesichts des Verfahrensausgangs und weil auch die Beklagte keinen Anlass für die Berufung gesetzt hat, sind dem Kläger seine auÃ∏ergerichtlichen Kosten nicht zu erstatten (§ 193 SGG).

Die vom Kläger befürwortete Berechnung seiner Fahrkosten wirft keine grundsätzliche Frage auf, so dass die Revision nicht zuzulassen ist (§ 160 SGG).

Erstellt am: 28.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024